

Leipziger Tageblatt

Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr 217

Hauptverleger: Dr. Goerth, Leipzig

Mittwoch, den 14. Mai

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1919

Drei deutsche Noten an Clemenceau

Die deutsche Auffassung der Schuldfrage — Der Protest gegen die wirtschaftliche Erdrosselung — Erste deutsche Gegenvorschläge zur Gebietsregelung Auf dem rechten Wege

E. E. Graf Brockdorff-Rangau hat wieder drei, diesmal ausführlichere Noten an Clemenceau gerichtet, deren Schlagkraft trotz der zahllosen Erörterungen der deutschen und der fremden Presse ganz frisch und außerordentlich stark wirkt. Das kürzeste Schriftstück legt in leichtvoller Weise, die auch zur Klärung der Anschauungen im eigenen Volke beitragen kann, die Auffassung der Regierung von der deutschen Schuld am Kriege fest. Zunächst wird unterschieden zwischen dem deutschen Volk und seiner früheren Regierung. Das Volk wird von jeder bewußten Schuld am Kriege freigesprochen, und es wird mit vollem Recht, der Wahrheit gemäß festgestellt, daß in seinem Bewußtsein der Krieg ein Verteidigungskrieg gewesen ist. Anders das Bild der früheren deutschen Regierung. Daß sie irgendwelche und vielleicht nicht ganz geringe Schuld an der Entstehung des Krieges trage, wird nicht geleugnet, wohl aber wird entschieden verneint, daß sie die alleinige oder auch nur hauptsächlich Schuld treffe. Niemand küßt, ohne sich zu ereifern, macht Graf Brockdorff geltend, daß die Entente Beweise für ihre Auffassung bisher nicht erbracht habe und daß er jederzeit bereit sei, Dokumente zu prüfen, die solchen Beweis führen wollen.

Die zweite, größere Note ist eine allgemeine Äußerung über die Wirkung des Friedensvertrages auf das deutsche Bevölkerungsproblem. Sie gibt aber viele konkrete Handhaben zur Beurteilung, nicht zu viele auf einmal, sondern in wirksamer Auswahl und in knapper Form. Es ist ein guter Gedanke, den Alliierten, und zwar nicht nur den Kommissionen in Versailles, sondern auch den Völkern, die eine solche kurze Darstellung ausnahmslos zu lesen und zu verstehen vermögen. Überhaupt erst einmal vor Augen zu stellen, ob die Forderungen tatsächlich unerträglich und unersättlich sind. Diese Mitteilung der Times* wirkt doch ein neues Licht auf das ganze Vorgehen der Verbündeten. Erst lassen sie den Inhalt von eigenen Beauftragten Deutschland auf Herz und Nieren und bis in die Eingeweide durchsuchen, um festzustellen, ob sie auch wirklich Nahrungsmittel liefern sollen, und dann setzen sie einen Wähler voll ausgefuchter Scherpsbestimmungen an, ohne jene Kommissionen, wie es scheint, auch nur zu fragen! Das wird uns in aller Ruhe als eine unvergleichliche Gewissenlosigkeit bezichtigt werden dürfen, die schließlich auch ihren eigenen Interessen gegenüber sich als schwer begreifliche Leichtfertigkeit darstellt. Man kann also in der Tat mit der Möglichkeit rechnen, daß wir den drei Gewässern von Versailles über die Folgen ihrer eigenen Pläne noch sehr viel Neues und eigentlich erst alles Ausschlaggebende zu sagen haben. Ein Anreiz mehr, auf dem betroffenen Wege weiterzugehen.

Wir sind auf dem rechten Wege. Das sagen uns die vielen Äußerungen, die aus der neutralen und in steigendem Maße auch aus der alliierten Presse vorliegen. Auf dem rechten Wege, das heißt nicht nur, daß wir die Gerechtigkeit auf unserer Seite haben — dies braucht uns niemand erst zu bekräftigen —, sondern daß wir praktisch richtig gehandelt haben und noch nicht jede Aussicht auf Erfolg verloren ist. Aus der Schweiz, aus Norwegen, Dänemark, Schweden liegen Aussagen vor, die eine Mäßigung der Entente als notwendig und wahrscheinlich bezeichnen. Italiens öffentliche Meinung ist von Anfang an gegen den Entwurf gewesen, und zu den englischen und französischen Sozialisten, auch der internationalen Arbeiterfriedenskonferenz, deren Ausschuss in Paris lag, gefellen sich die Sozialisten Belgiens und die Liberalen, ja auch konservative Engländer. Wir sind nicht mehr ganz allein, und es wäre töricht, zu leugnen, daß dieses Gefühl uns stark und damit schon an sich eine tatsächliche Hilfe für uns bedeutet. Wir sind sehr davon enttäuscht, irgendwo in der Welt Zustimmung zu finden, wir haben uns jahrelang geistig und seelisch wie in einem Gefängnis befunden, und wenn wir noch, noch immer in diesem Bewußtsein, die Stärke in uns selbst gefunden haben, uns nicht bloß zu widersehen, sondern auch die Welt, zu der wir so wenig Zutragen haben konnten, zum Zeugen für das uns zugebende, niemals von irgendeinem Volk in der Geschichte erlebte Schicksal aufzurufen, so werden wir nun erst recht uns aufrichten und straffen, da wir merken, daß die Vernunft zwar in Versailles keine Stimme hat, aber aus der Welt noch nicht verschwunden ist. Es scheint sich, wenn auch ohne Plan und ohne Form, ein anderer „Völkerbund“ zu bilden, als der in dem Versailler Dokumente steht, eine Gemeinschaft der Gestaltung, der Beurteilung wenigstens diesem einen weltgeschichtlichen Fall gegenüber.

Es braucht wohl kaum davor gewarnt zu werden, diese Stimmen, die wie aus weiter Ferne in die Wüste zu uns dringen, zu überschätzen. Wie wissen alle, wie unendlich Viel und Schweres vor uns liegt, aber wir dürfen das Zutragen haben, daß die Aufklärung der internationalen öffentlichen Meinung kein vergebliches Bemühen ist. Wir vergessen darüber nicht die auch weiterhin noch immer nötige Aufklärung unseres eigenen Volkes. Nach einer Meldung aus Berlin werden die Abgeordneten der Nationalversammlung im Einverständnis mit der Reichsregierung in ihren Wahlkreisen große Versammlungen abhalten, um das Bewußtsein, worum es sich eigentlich handelt, überall zu verbreiten; und hinter dieser Pflicht soll bis zur nächsten Vollziehung der Nationalversammlung alle Tätigkeit ihrer Ausschüsse zurücktreten.

Die dritte Note, die offenbar schon den Anfang der endgültig abgeleiteten deutschen Gegenvorschläge bringt, ist erst so kurz vor Schluß des Staates eingetroffen, daß wir uns ihre Besprechung noch vorbehalten.

Verfaillies, 14. Mai. (Drahtbericht.) Reichsminister Graf Brockdorff-Rangau hat gestern an den Präsidenten der Friedenskonferenz, Clemenceau, folgende drei Noten gerichtet.

I. Verfaillies, den 13. Mai.

Herr Präsident! In dem den deutschen Delegierten vorgelegten Entwurf eines Friedensvertrages wird der VIII. Teil, betreffend die Wiedergutmachungen, mit dem Artikel 231 eingeleitet, welcher lautet:

„Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und alle Schäden verantwortlich sind, welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben.“

Deutschland hat die Verpflichtung der Wiedergutmachung übernommen auf Grund der Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November 1918, unabhängig von der Frage der Schuld am Kriege. Die deutsche Delegation vermag nicht anzuerkennen, daß aus einer Schuld der früheren deutschen Regierung an der Entstehung des Weltkrieges ein Recht oder Anspruch der alliierten und assoziierten Mächte auf Entschädigung durch Deutschland für die durch den Krieg erlittenen Verluste abgeleitet werden könne. Die Vertreter der alliierten und assoziierten Staaten haben zudem wiederholt erklärt, daß das deutsche Volk nicht für die Fehler seiner Regierung verantwortlich gemacht werden solle.

Das deutsche Volk hat den Krieg nicht gewollt und würde einen Angriffskrieg niemals unternommen haben. Im Bewußtsein des deutschen Volkes ist dieser Krieg stets ein Verteidigungskrieg gewesen.

Auch die Auffassung der alliierten und assoziierten Regierungen darüber, wer als Urheber des Krieges zu beschuldigen ist, wird von den deutschen Delegierten nicht geteilt. Sie verneinen der früheren deutschen Regierung nicht die alleinige oder hauptsächlich Schuld an diesem Kriege zuzuschreiben. In dem vorgelegten Entwurf eines Friedensvertrages findet sich nichts, was jene Auffassung tatsächlich begründet, keinerlei Beweise werden für sie beigebracht. Die deutschen Delegierten bitten daher um Mitteilung des Berichtes der von den alliierten und assoziierten Regierungen eingesetzten Kommission zur Prüfung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, usw.

gez. Brockdorff-Rangau.

II.

Verfaillies, den 13. Mai.

Herr Präsident! Entsprechend der Ankündigung in meiner Note vom 8. Mai d. J. überreichte ich die nachfolgende Äußerung der volkswirtschaftlichen Kommission, die beauftragt ist, die Rückwirkung der in Aussicht genommenen Friedensbedingungen auf die Lage der deutschen Bevölkerung zu begutachten:

Deutschland war im Laufe der letzten beiden Generationen vom Agrarstaat zum Industriestaat übergegangen. Als Agrarstaat konnte Deutschland 40 Millionen Menschen ernähren. Als Industriestaat war es in der Lage, die Ernährung einer Bevölkerung von 67 Millionen sicherzustellen. Die Einbuße an Lebensmitteln betrug im Jahre 1918 und 1919 12 Millionen Tonnen. Vor dem Kriege lebten in Deutschland nur auswärtigen Handel und von der Schiffahrt, entweder direkt oder indirekt durch die Verarbeitung auswärtiger Rohstoffe, rund 15 Millionen Menschen.

Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages soll Deutschland seine für den Lebensbedarf langjährige Handelsstimmung und Schiffbauindustrie aufheben; auch sollen die Werften in den nächsten fünf Jahren in erster Linie für die alliierten und assoziierten Regierungen bauen. Deutschland büßt ferner seine Kolonien ein; die Befreiung seines Bestandes, seiner Interessen und Titel in den alliierten und assoziierten Ländern, in deren Kolonien, Dominien und Protektoraten soll zur teilweisen Deckung der Entschädigungsansprüche der Alliierten unterliegen und jeder anderen wirtschaftlichen Kriegsmahnahme angelehnt sein, die die alliierten und assoziierten Mächte in der Friedenszeit anfordern oder neu einzuführen beschließen mögen.

Bei Ausführung der territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages würden im Osten die wichtigsten Produktionsgebiete für Getreide und Kartoffeln verloren gehen; das wäre gleichbedeutend mit einem Ausfall von 21 v. H. der Gesamtenergie in vielen Lebensmitteln. Ueberdies würde unsere landwirtschaftliche Produktion in ihrer Intensität stark zurückgehen. Einmal würde die Zufuhr von bestimmten Rohstoffen für die deutsche Düngemittelindustrie, wie Phosphat, erschwert, sodann würde diese wie jede andere Industrie unter Kohlenmangel leiden, denn der Friedensvertrag sieht vor, daß wir fast ein Drittel unserer Kohlenproduktion verlieren; außerdem werden uns für die ersten zehn Jahre ungeheure Lieferungen in Kohle an bestimmte alliierte Länder auferlegt.

Weiter soll Deutschland nach dem Vertrage fast drei Viertel seiner Eisenproduktion und mehr als drei Fünftel seiner Produktion an Zink zugunsten seiner Nachbarn abtreten.

Nach dieser Einbuße an eigener Produktion, nach der wirtschaftlichen Kahlnlegung durch den Verlust der Kolonien, der Handelsflotte und der auswärtigen Beschäftigten, wäre Deutschland nicht mehr in der Lage, genügend Rohstoffe aus dem Ausland zu beziehen. Die deutsche Industrie müßte daher in einem gemäßigten Umfang erlöschen. Gleichzeitig würde der Bedarf an Lebensmittelmitteln Jahren er-

heblich steigen, während die Möglichkeit, ihn zu befriedigen außerordentlich sinken müßte.

Deutschland wäre daher in kurzer Zeit außer Stande, den vielen Millionen auf Schiffahrt und Handel angewiesenen Menschen Arbeit und Brot zu gewähren. Diese Menschen müßten aus Deutschland auswandern. Das ist aber technisch unmöglich, zumal da sich viele der wichtigsten Länder der Welt gerade gegen die deutsche Einwanderung sperren würden. Außerdem würden Hunderttausende ausgewiesener Deutscher aus den Gebieten der mit Deutschland Krieg führenden Staaten sowie aus den abgetrennten deutschen Territorien und Kolonien nach dem übrigbleibenden deutschen Gebiet einströmen.

Wenn die Friedensbedingungen durchgesetzt, so bedeutet das einfach, daß viele Millionen in Deutschland zugrunde gehen müßten. Dieser Prozeß würde sich rasch entwickeln, da durch die Blockade während des Krieges und deren Verschärfung während des Waffenstillstandes die Volksgesundheit gebrochen ist. Kein Hilfswerk, noch so groß und langfristig angelegt, könnte diesem Massensterben Einhalt tun. Der Friede würde von Deutschland ein Mehrfaches der Menschenerfordern, wie der vierzehnjährige Krieg verschlang. (Ein dreizehnter Millionen im Felde gefallen, fast eine Million Opfer der Blockade.)

Wir wissen nicht, und möchten es bezweifeln, ob die Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte sich über die Konsequenzen im klaren sind, wie sie unermesslich einwirken würden, wenn Deutschland, soeben noch ein nicht bevölkerter, mit der ganzen Weltwirtschaft verknüpfter, auf gemäßigter Rohstoff- und Lebensmittelzufuhr angewiesener Industriestaat, plötzlich auf eine Entwicklungskurve zurückgeworfen wird, die seiner ökonomischen Konstruktion und seiner Bevölkerungsdichte von vor einem halben Jahrhundert entspricht.

Wer diesen Friedensvertrag unterzeichnet, spricht damit das Todesurteil über viele Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder aus.“

Ich habe es für meine Pflicht gehalten, vor Ueberreichung weiterer Einzelheiten diese allgemeine Äußerung über die Wirkung des Friedensvertrages auf das deutsche Bevölkerungsproblem zur Kenntnis der alliierten und assoziierten Friedensdelegierten zu bringen. Die statistischen Nachweise stehen auf Wunsch zur Verfügung.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meines angezeichneten Hochachtung.

gez. Brockdorff-Rangau.

III.

Verfaillies, 13. Mai.

Herr Präsident! Die deutsche Friedensdelegation hat aus dem Schreiben Eurer Excellenz vom 10. d. M. entnommen, daß sich die alliierten und assoziierten Regierungen bei Abfassung der Bedingungen des Friedensvertrages ständig von den Grundrissen haben lassen, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen vorgeschlagen worden sind. Die deutsche Delegation will selbstverständlich diese Grundriss nicht in Zweifel ziehen, sie muß sich aber das Recht vorbehalten, auf die Bedingungen hinzuweisen, die nach ihrer Auffassung mit der Absicht der alliierten und assoziierten Regierungen in Widerspruch stehen.

Ein solcher Widerspruch springt besonders in die Augen bei den Bedingungen des Vertragsentwurfes, die sich auf die Abtrennung verschiedener von deutscher Bevölkerung bewohnter Teile des Reichsgebietes beziehen. Abgesehen von der Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich und der Befreiung Keils, auf welche beiden Punkte ich mir vorbehalten später einzugehen, wird Deutschland die zeitweilige oder dauernde Unterstellung folgender deutscher Gebiete unter fremde Herrschaft angenommen: Des Saargebietes, der Kreise Eupen und Malmedy sowie Preussens Morzesnet, deutscher Teile Oberschlesiens, Posen, Westpreußen und Ostpreußens. (Hier folgen im Telegramm einige verkürzte Worte.)

Die deutsche Delegation verkennt nicht, daß für eine Reihe von Bestimmungen über territoriale Änderungen, die im Friedensentwurf enthalten sind, der Grundriss der nationalen Selbstbestimmung geltend gemacht werden kann, weil gewisse bisher von deutscher Seite beherrschte Bevölkerungsgruppen, z. B. die polnische, sich als nichtdeutsch betrachten. Auch in der Frage von Schleswig sind nationale Gründe anzuführen, wenngleich die deutsche Delegation nicht einseht, mit welcher Vollmacht die alliierten und assoziierten Regierungen die zwischen Deutschland und Dänemark zu regelnden Grenzfragen zum Gegenstand der Friedensverhandlungen machen. Die neutrale dänische Regierung weiß, daß die gegenwärtige deutsche Regierung immer bereit gewesen ist, sich mit der ihr über eine neue, dem Prinzip der Nationalität entsprechende Grenze zu verständigen. Wenn die dänische Regierung es trotzdem vorziehen sollte, ihre Ansprüche auf dem Umwege über die Friedensverhandlungen zu beschreiben, so ist die deutsche Regierung nicht gewillt, hiergegen Widerspruch zu erheben.

Die Bereitschaft der deutschen Regierung erstreckt sich aber nicht auf jene Gebiete des Reiches, die nicht unzweifelhaft von einer Bevölkerung fremden Stammes bewohnt sind, vor allen Dingen hält sie es für unzulässig, daß durch den Friedensvertrag zu dem Zwecke, finanzielle oder wirtschaftliche Forderungen der Gegner Deutschlands zu sichern, deutsche Bevölkerung und Gebiete von der bisherigen Souveränität zu einer anderen beschachtet werden, als ob sie bloße Gegenstände oder Steine in einem Spiele wären.

Dies gilt insbesondere von dem Saarbecken. Daß hier eine rein deutsche Bevölkerung wohnt, bestritten nie-